



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

B/XVII/76 - 4. April 1962

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 21831 - 33  
Fernschreiber 0 896 890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2	<u>Europäische Unruhe</u> De Gaulle und die Integration Europas Zum Treffen in Turin Von G. Markscheffel	95
3	<u>Kalte Annexion</u> Österreichs Unbehagen über deutsche Grundstückskäufe	34
4	<u>Verhöhnung des Sportes</u> Südafrika und die Olympischen Spiele	23
4	<u>Die einseitige Blickrichtung Erhard's</u> Sozialpolitik - kein Wahlgeschenk	20
5 - 6	<u>Alltag bei den Siebenbürger Sachsen</u> Mediasch und Schässburg heute Von Rudolf Hornig	71

\* \* \*  
\* \*

Verantwortlich: Günter Markscheffel

## Europäische Unruhe

### De Gaulle und Integration Europas

#### Zum Treffen in Turin

Von G. Markscheffel

Seitdem Frankreichs Staatspräsident de Gaulle damit rechnen kann, für seine Politik in Nordafrika die überwältigende Zustimmung der französischen Bevölkerung zu erhalten, hat er sich wieder - natürlich auf seine Weise - in die Europa-Politik eingeschaltet. Das Treffen mit dem italienischen Ministerpräsidenten Fanfani ist der Ausdruck des Versuchs de Gaulles, die "europäische Front" so bald wie möglich zu lockern und eine Form der Europa-Politik zu finden, bei der Frankreich eine Führungsrolle einnehmen könnte.

### Mittelmeer-Allianz ?

Am 16. März 1962 berichtete der Sozialdemokratische Pressedienst über die Vorbereitungen des französischen Staatspräsidenten zur Schaffung einer Mittelmeer-Allianz, die, in Zusammenarbeit mit einer zukünftigen nordafrikanischen Föderation, die südeuropäische Flanke gegen jedwede Störungsversuche abschirmen sollte. Nach den Vorstellungen von de Gaulle gehören zu der Mittelmeer-Allianz ausser Frankreich, Spanien und der nordafrikanischen Föderation selbstverständlich auch Italien, Griechenland und - wenn möglich - auch Jugoslawien. Interessanterweise ist die französische Diplomatie sogar in Albanien sehr aktiv geworden. Inwieweit Ägypten oder eine Vereinigte Arabische Republik auf dem Umweg über die werdende nordafrikanische Föderation an der neuen Mittelmeerpolitik Frankreichs teilzunehmen gedenkt, ist vorläufig noch das Geheimnis von Paris.

In diesem Zusammenhang muss auch die gerade in letzter Zeit mehrfach wiederholte Weigerung von de Gaulle gesehen werden, die französische Mittelmeerflotte dem NATO-Oberkommando zu unterstellen.

### Zusammenspiel Paris - Rom

Alles zusammengefasst bedeutet dies, dass die Gaulle einen der wichtigsten Partner seiner zukünftigen Mittelmeerpolitik, Italien, davon zu überzeugen gedenkt, wie wenig sinnvoll es nach seiner Meinung sei, die weiteren Integrationspläne der "klassischen Europapolitik" zu fördern. Aus diesem Grunde schreibt auch die im allgemeinen sehr gut informierte Pariser Zeitung "Le Monde" am Vorabend des Treffers de Gaulle-Fanfani:

- \* "Im Elysee-Palast ( dem Regierungssitz de Gaulles) ist man
- \* bestrebt, zu einer Einigung der sechs Staaten über eine ge-
- \* meinsame Politik zu kommen, die gegebenenfalls auch vor der
- \* Washingtons abweichen kann. Diese Politik existiert jedoch
- \* in den wichtigsten aktuellen Themen, der Berlin-Frage, dem
- \* Abrüstungsproblem, der atomaren Aufrüstung und den Mittel-
- \* meerproblemen überhaupt **n i c h t**. Sie zeichnet sich noch
- \* nicht einmal ab. Auf der französischen Seite beginnt man sich

- \* daher die Frage zu stellen, ob es unter diesen Bedingungen
- \* überhaupt notwendig ist, gemeinsame Institutionen zu schaffen.
- \* In Bonn und in Rom dagegen sieht man in der Schaffung von mög-
- \* lichst eng begrenzten Organismen das einzige Mittel, um die
- \* Bundesrepublik auf die Dauer innerhalb des westlichen Rahmens
- \* zu halten und damit das Gleichgewicht weiter zu bewahren, auf
- \* dem der Friede beruht."

Es verwundert niemanden, daß Dr. Adenauer in Kürze seinen Kollegen Fanfani zu treffen gedenkt. Er will sich aus erster Hand darüber informieren, ob de Gaulle den italienischen Ministerpräsidenten auf seine Seite ziehen konnte, denn das zu erwartende Kommuniqué von Turin wird selbstverständlich wenig zur Klärung der sehr verworrenen Situation beitragen.

#### Paradoxe Übereinstimmung

Man darf nicht vergessen, daß die jetzige italienische Regierung ihre Zustimmung den Henri-Sozialisten verdankt, einer politischen Gruppe in Italien also, die im Prinzip zwar das westliche Verteidigungsbündnis bejaht, aber doch für die europäischen Staaten eine größere Unabhängigkeit von Washington anstrebt. So paradox es klingen mag: die italienischen Linksozialisten unterstützen auf ihre Art den französischen Staatspräsidenten de Gaulle und werden selbstverständlich nicht verabsäumen, dies auch den von ihnen tolerierten Christdemokraten Fanfani spüren zu lassen.

#### End Adenauer ?

Inzwischen bemüht man sich in Straßburg, Brüssel und Luxemburg, vor allem die EWG-Kommission nicht antasten zu lassen. Bekanntlich haben besonders Holland und Belgien, als Gegengewicht gegen de Gaulles Vorstellungen von "Europa der Vaterländer", die engere Zusammenfassung der europäischen Institutionen befürwortet. Praktisch ist in dieser Beziehung bisher nichts geschehen, zumal man immer noch nicht weiß, welche Konzessionen Bundeskanzler Dr. Adenauer seinem Freund de Gaulle bei dem letzten Treffen in Baden-Baden gemacht hat.

In dem damaligen Kommuniqué hieß es, man sei sich einig, aber über was man sich einig war, hat, außer vielleicht der neue Bundesaußenminister Gerhard Schröder, bis heute noch niemand genau zu hören bekommen. So ist es denn auch nicht verwunderlich, wenn auch merkwürdig, daß die italienische Regierungspresse einen Tag vor dem Treffen Fanfani - de Gaulle schreiben konnte, in Rom und Bonn werde Staatspräsident de Gaulle wahrscheinlich mit seinen Vorstellungen von "Europa der Vaterländer" auf den geringsten Widerstand stoßen ...

#### Baldige Klarheit notwendig !

Die "Europäische Unruhe" ist also begreiflich. Man hat zwar in vielen Kommissionen, Parlamentsausschüssen und sonstigen Institutionen der EWG-Staaten eine Fülle von Empfehlungen für die bessere Zusammenarbeit der westeuropäischen Länder zur Verfügung, weiß jedoch andererseits nicht genau, was die maßgeblichen Regierungschefs dieser Länder nun wirklich wollen. Es scheint also an der Zeit zu sein, die verworrenen Fäden der Europapolitik zu entwirren. Mindestens in der Bundesrepublik sollte man dies bald tun, denn die gute und reibungslose Zusammenarbeit in wirtschaftlicher und politischer Beziehung sowohl der sechs europäischen Staaten untereinander wie auch dieser Gruppe mit den USA und den der EWG assoziierten Staaten ist die Voraussetzung für eine wirkungsvolle europäische Politik.

### Kalte Annexion

sp - In einigen Bundesländern Österreichs vollzieht sich so etwas wie eine kalte Annexion. Bundesrepublikanische Neureiche kaufen in Massen österreichischen Boden, treiben auch dort, genau wie bei uns, die Grundstückspreise in schwindelerregende Höhen und verursachen, von dem Verkäufer natürlich abgesehen, bei vielen Österreichern böses Blut. Die Ufer mancher schöner Seen, einst beliebte Urlauber- und Erholungsziele, bleiben für Österreicher gesperrt. Sie sind Privateigentum deutscher Spitzengewinner des Wirtschaftswunders. In ihren prunkvollen, mit allen Raffinessen ausgestatteten Villen führen sie ein luxuriöses Leben. Die Einheimischen betrachten es mit scheelen Augen, sie fühlen sich im eigenen Lande als Fremde, mit ihren weniger gefüllten Geldbörsen kommen sie nicht mehr mit.

Unter dem wachsenden Unmut der Bevölkerung sehen sich nun einige Landesregierungen genötigt, gegen den Ausverkauf von Grund und Boden ähnliche gesetzliche Sicherungen zu treffen, wie die Kantonsregierung des Tessin in der Schweiz. Ohne Erlaubnis der zuständigen Behörden soll nun unter dem Titel "Ausländer-Grunderwerbgesetz" der Ankauf von Boden nun auch in Vorarlberg nicht mehr möglich sein. Andere Bundesländer dürften folgen. Dies ist wohl der einzige Weg, einer kalten Annexion Einhalt zu gebieten. Man braucht zwar den Fremdenverkehr und die so heiss begehrten Devisen, die er bringt, will sich aber gegen eine dauernde Überfremdung des eigenen Landes schützen.

Es ist nicht anzunehmen, daß bei den offiziellen Gesprächen anläßlich des Staatsbesuches unseres Bundespräsidenten Lübke in Österreich dieses heikle Thema einer drohenden Überfremdung behandelt wurde. Umso mehr aber spricht man im Volke darüber. Die fremden Besitzer einheimischen Bodens zählen nicht gerade immer zu den besten Botschaftern ihres Landes. Ihr Auftreten schafft oft das Gegenteil von Sympathien. Der zur Schau gestellte Reichtum der neuen Grund- und Villenbesitzer vermittelt einen falschen Eindruck von Land und Volk, dem sie angehören. Nach offizieller Lesart von Bonn und Wien sind zwar die letzten Schatten einer unseligen, das Verhältnis beider Länder belastenden Vergangenheit ausgeräumt, doch sind neue Ressentiments im Entstehen, verursacht durch das Gekläue von verhältnismässig Wenigen, an denen der in diesen Tagen so oft gehörte Appell des Masshaltens vorbeiging.

### Verhöhnung des Sportes

sp - Die Regierung der Südafrikanischen Union setzt ihre auf die Trennung der Rassen abgestimmte Politik unbeirrt fort. Proteste aller gesitteten Menschen über die unwürdige Behandlung der schwarzen Mehrheit durch eine weisse Minderheit berühren sie nicht, werden nicht zur Kenntnis genommen. Drakonische Strafen haben diejenigen Schwarzen und Weissen zu erwarten, die einander in Liebe und Freundschaft finden. Rassenwahn und Rassenhass feiern in Südafrika unselige Auferstehung und bringen das Land in Gefahr, sich selbst aus der Gemeinschaft zivilisierter Völker auszuschliessen. Auch dies lässt die Regierung unbekümmert, sie missachtet Aufforderungen der Vereinten Nationen. Das letzte und empörendste Beispiel von Intoleranz lieferte der südafrikanische Innenminister durch das Verbot für Weisse und Schwarze, gemeinsam bei internationalen Wettkämpfen aufzutreten. Diese Sünde gegen den Geist der Olympischen Spiele sollte nicht straflos hingenommen werden. Wie wäre es, wenn Südafrika die Mitwirkung an der künftigen Olympiade verwehrt würde? Eine überwiegende Mehrheit für einen entsprechenden Beschluss würde sich wohl finden lassen. Er entspräche den Empfindungen von Weissen und Farbigen aus aller Welt, die bemüht sind, Rassenschranken zu überwinden. Wenn schon die Regierung Südafrikas den traurigen Ehrgeiz hat, im eigenen Bereich diese Schranken bestehen zu lassen, Feindschaft und Bitternis zum Prinzip ihrer Politik erhebt, dann hat sie auch das Recht verwirkt, ihr Land bei internationalen Wettkämpfen vertreten zu lassen.

- + -

### Die einseitige Blickrichtung Erhards

"Wir möchten, dass die Sozialpolitik aus der Konzeptionslosigkeit und aus der fallweisen Verabschiedung von Gesetzen, die manchmal den Charakter von Wahlgeschenken haben - das möchten wir abgelöst sehen durch ein langfristiges Sozialprogramm, damit jeder in Deutschland einmal sehen kann, wohin die Reise eigentlich gehen soll. Auf jeden Fall sind die tatsächlichen Zahlen (über das deutsche Sozialprodukt usw.) ganz andere als sie Erhard genannt hat. Die richtigen hat bezeichnerweise das Statistische Bundesamt in einem Pressedienst genannt. Was uns besonders stört, das ist doch die einseitige Blickrichtung, die Erhard hat. Wir haben es in den Gewerkschaften bisher vermieden, polemische Mätzchen von uns zu geben, aber wenn das von der Gegenseite so gemacht wird, dann könnten wir ja auch mal einiges sagen, könnten auf Dividenden von 50 Prozent und 60 Prozent in der Baustoffindustrie hinweisen und auf Aufsichtsratsantienen von 100 000 DM pro Mitglied eines Aufsichtsrates und auf Gehälter von Warenhausdirektoren von annähernd 50 000 DM, Leute, die den Verkäuferinnen heute noch Gehälter von 400 DM anbieten. Wir versuchen auch sachlich zu bleiben! Wenn man miteinander spricht, und kritische Anmerkungen macht, dann bitte nach allen Seiten und nicht bloss an die Adresse der Gewerkschaften."

(Rolf Späthen, Vorsitzender der DAG, im Hessischen Rundfunk)

+ - +

### Alltag bei den Siebenbürger Sachsen

PH - Die alten Städte Mediasch und Schässburg im Tal der Großen Kockel an der Bahnstrecke von Kronstadt nach Klausenburg spielen im politischen und kulturellen Leben der Siebenbürger Sachsen stets eine große Rolle. In Mediasch hatten am 8. Januar 1919 die Siebenbürger Sachsen ihren Anschluß an Rumänien erklärt; beide Städte gehören auch heute noch zu den massgebenden kulturellen Mittelpunkten der Siebenbürger Sachsen, auch wenn die Mehrzahl ihrer Bürger nicht mehr Deutsche sind. In beiden Städten gibt es berühmte deutsche Obergymnasien und in Schässburg eine deutsche Lehrerinnenbildungsanstalt. In Mediasch ist die alte Kirchenburg mit der gotischen Kirche aus dem 15. Jahrhundert ein Wahrzeichen der deutschen Kolonisation in Siebenbürgen geblieben. In Schässburg wird der gemauerte Stadtkern, "Die Burg", vom Schulberg mit der gotischen Bergkirche und dem "Deutschgymnasium" wie seit Jahrhunderten überragt und der "Stundturm" ist auch heute noch gut erhalten.

#### Beethoven - Mozart

Mediasch hat seine Einwohnerzahl von 1930 - damals waren unter den über 15.000 Einwohnern noch 47 Prozent Deutsche - fast verdoppelt und hat durch das Erdgasvorkommen viele neue Industrien erhalten. In den letzten Jahren wird in der Stadt auch viel gebaut. Gerade in dieser Stadt hat das deutsche Schulleben einen starken Aufschwung erhalten, die Kraftströme deutscher Kultur haben sich in diesem kulturellen Mittelpunkt einer der wichtigsten deutschen Sprachinseln im europäischen Südosten, die den letzten Krieg überdauert hat, bedeutend verstärkt. Unter der Leitung des Professors Ernst Irtel finden regelmässig ein- bis zweimal im Monat Komponistenstunden statt (eine der letzten galt "Beethoven als Symphoniker"), an denen die Schuljugend überaus regen Anteil nimmt. Zu diesen Stunden kommen auch viele Eltern, denen so durch Vortrag, Schallplatten und Klavierdarbietungen Irtels (oft mit Gesang) die großen deutschen Komponisten näher gebracht werden.

Die Schuljugend hat einen Chor gebildet, der beim Wettbewerb der Mittelschulen u.a. den Schlusschor aus Mozarts "Zauberflöte" vortrug und dessen Solistin Annemarie Hartlauer zu den großen Gesangshoffnungen gehört und im Herbst das Bukarester Konservatorium besuchen soll. Eine Bläserkapelle (geleitet von Prof. Rolf Schreiner) gibt Konzerte und tritt bei Sportveranstaltungen auf, die Tanzgruppe (zumeist sechzehnjährige Schülerinnen und Schüler) pflegt neben klassischen und modernen Tänzen auch alte Volkstänze (in Trachten). Das Obergymnasium in Mediasch wird von vielen rumänischen und ungarischen Schülern besucht.

### Schwindende Romantik

Auch Schässburg hat durch die weitere Industrialisierung viel von seiner romantischen Verträumtheit verloren. Von den über 20.000 Einwohnern (1930 waren es 13.000) wird berichtet, daß sie "zum großen Teil" Deutsche sind. Die Erinnerung an 1848/1849 ist verblaßt. Damals wurde am 31. Juli 1849 General Ben, der Führer der ungarischen Revolutionsarmee in Siebenbürgen, bei Schässburg von den Russen (die Habsburg zu Hilfe geeilt waren) in einer Schlacht entscheidend geschlagen, in der auch der ungarische Dichter Petöfi gefallen sein soll. Solche Erinnerungen an den "sowjetischen Freund" von heute sind nicht mehr angebracht. In Schässburg wurde ein Glaswaren- und Fayencekombinat errichtet und das bestimmt heute Leben und Aussehen der Stadt. Seit Jahren stehen in unmittelbarer Nähe des Kombinats provisorische Behausungen, sie sind zwar als Schandfleck erkannt, wollen aber nicht weichen.

### Zwischen gestern und heute

Dafür hat man in der Altstadt bereits so viele Neubauten errichtet, daß ihr historischer Charakter bedroht ist und die Alt-eingewohnten jetzt dagegen heftig ankämpfen. Eine der Fehlplanungen war auch die Errichtung von zwei Wohnhäusern links und rechts der großen Brücke über die Kokel, weil sie jetzt den Verkehr erschweren und wieder abgerissen werden müßten. In Schässburg gibt es nur zwei Lichtspielhäuser und nur gelegentlich kommt ein Staatstheater aus einer anderen siebenbürgischen Stadt. Die Schmalspurbahn fährt noch immer etwa 10mal täglich pfeifend und schnaufend über die Hauptstraße und wird als sehr störend empfunden. Dafür verstopfen die parkenden Busse das Stadtzentrum, dessen Bevölkerung sich lediglich damit trösten kann, daß wenigstens in einigen Straßen eine moderne Neonbeleuchtung eingeführt wurde.

Fortschritt, bessere Versorgung und Belieferung nicht wichtigem Hausrat müssen in den siebenbürgischen Städten heute zumeist von Vertrauen auf die Zukunft leben. Die Menschen besinnen sich auf die alten kulturellen Werte, damit der Alltag nicht zu triste ist.